

Vertreter*innen der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft LST

Vorsitzender
Herr Dr. Rau

Antrag/Beschlussempfehlung für die Sitzung der StadtAG LST am 04.12.2018

„Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft bei homo- und transphober Gewalt“

Sehr geehrter Herr Dr. Rau,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft LST am 04.12.2018 zu setzen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft LST möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten eine Beschlussfassung herbeizuführen, die die vorgeschlagen Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft bei homo- und transphober Gewalt unterstützt und umsetzt.

Begründung:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft hat bereits ehrenamtlichen einen Entwurf für eine Kampagne entwickelt. Bereits in der Sitzung der StadtAG LST am 05.06.2018 hat die StadtAG eine Beschluss zur Durchführung einer Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft von Lesben, Schwulen und Transpersonen erwirkt. Konkretisiert wird der Antrag nun durch eine Kosteneinschätzung und einen ersten Zeitplan.

Inhalt

Bestandteile der Kampagnen sollen sein:

- Ein Flyer
- Ein Plakat und eine Visitenkarte
- Eine Homepage für die Kampagne, die auch die unterschiedlichen Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten der beteiligten Strukturen darstellt

Ziel

Die Kampagne möchte eine höhere Bereitschaft von Lesben, Schwulen und Trans*-Personen in der Kölner Community erreichen, tatsächlich Strafanzeige zu erstatten, sofern sie Opfer oder Zeugin/Zeuge einer entsprechenden Straftat werden.

Beteiligte

Um Vertrauen in eine solche Kampagne und in der Folge eine tatsächliche Erhöhung der Anzeigenbereitschaft zu erreichen, sollte deutlich werden, dass die folgenden Akteure diese Kampagne tragen:

- Die Stadt Köln
- Die Polizei Köln
- Die organisierten Community-Strukturen und Beratungsstellen

Zeitraum

Die Kampagne soll im Zeitraum Oktober/November 2019 bis zum 31.12.2020 durchgeführt werden.

Vertreter*innen der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Evaluation

Ende des Umsetzungszeitraums soll eine Evaluation der Kampagne vorgenommen werden, die die Rückmeldungen der Beteiligten (Polizei/Dienststelle/beteiligte Beratungsstellen und Initiativen der Community, Orte der Community, an denen Materialien ausgelegt wurden, etc.) berücksichtigt. Neben der Entwicklung der Anzeigenzahlen bei der Polizei, werden auch die Inanspruchnahme der Beratungsangebote, die Abforderung und Verteilung der Materialien, aber auch die Klick-Zahlen der Homepage in die Evaluation einfließen.

Kosten

Die Kampagne soll von der Agentur Allround umgesetzt werden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 20.000,00 €

Hintergrund

Auf Beschluss der stimmberechtigten Mitglieder der Stadt AG LST wurde bereits 2017 eine Unterarbeitsgruppe „Dialog mit der Polizei“ gegründet, die sich mit Themen auseinandersetzen sollte, die vorher durch die stimmberechtigten Mitglieder festgelegt wurden. An der Unterarbeitsgruppe waren neben Vertreter*innen der Stadt AG auch die Vertreter*innen der Kölner Polizei sowie die Fachstelle LST der Stadt Köln und die Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben, Schwule und Trans* in NRW beteiligt.

Im Diskussionsprozess wurden verschiedene Voraussetzungen erörtert und festgehalten, die geeignet erscheinen, tatsächlich eine höhere Bereitschaft von Lesben, Schwulen und Trans*-Personen in der Kölner Community zu erreichen, tatsächlich Strafanzeige zu erstatten, sofern sie Opfer oder Zeugin/Zeuge einer entsprechenden Straftat werden. Statt eines einzelnen Falbblatts oder Informationsflyers wird die Notwendigkeit einer mit den Beteiligten abgestimmten Kampagne gesehen.

Gez. Michael Schuhmacher
für die Vertreter*innen der Stadtarbeitsgemeinschaft LST